

Zu langes Zögern macht alles nur noch schwieriger

Der Klimagipfel ist nach zwei Wochen zäher Verhandlungen zu Ende gegangen. Die Staaten konnten sich nur auf wenige verbindliche Maßnahmen einigen. Auch nach 40 Stunden Verlängerung ist als Ergebnis nur ein Minimalkompromiss herausgekommen. Der Gipfel sollte die Welt retten, hat aber viele Menschen enttäuscht. Es ist nach meiner Meinung nicht nachvollziehbar, dass der Klimaschutz nicht von allen Staaten anerkannt ist. Dieses wichtige Thema betrifft doch die gesamte Menschheit.

Hier zeigt sich das Versagen des Multilateralismus, das wir schon aus dem Umgang mit anderen Krisen und Konferenzen erlebt haben. Das ist besonders tragisch, weil die Konferenz auch die marktwirtschaftlichen Systeme reformieren sollte, die den CO₂-Ausstoß nicht durch Verbote senken, sondern durch Anreize im Rahmen eines globalen Handels steuern wollten. Vor ein paar Jahren hätte dieser Ansatz noch bessere Chancen gehabt. So ist auch das eine Lehre aus Madrid: Zu langes Zögern macht alles nur noch schwieriger.

Es bleibt dabei, dass die Staaten und Regierungen ihren Bürgern gegenüber verpflichtet sind, um Lösungen zu ringen. So schmerzhaft das bei eher schleichenden globalen Veränderungen sein mag. Wenn es nötig ist, muss gehandelt werden – womöglich sogar, so es dafür eine Mehrheit insbesondere im UN-Sicherheitsrat gibt, mit Zwang gegen sich verweigernde Länder.

Das Abkommen von Paris bleibt der einzige und wichtigste Ankerpunkt für den globalen Klimaschutz. Seine Ziele geben Orientierung für Staaten und Gesellschaften, sie legitimieren alle, die für die Einhaltung dieser Ziele eintreten – auch auf der Strafe. Es lohnt sich, dafür zu kämpfen.

Wilma Fischer, Eschborn

Wachstumsprinzip ist nicht kompatibel mit Klimaschutz

Von großer Enttäuschung unter KlimaschützerInnen ist die Rede angesichts von Madrid – wieder mal. Zum wie vielen Mal in den letzten Jahrzehnten?

Das Fatale ist in meinen Augen: Es handelt sich immer noch nicht um eine Ent-Täuschung. Wem das globale Gemeinwohl und ein menschenverträgliches Klima wichtig ist, der sollte vom Kapitalismus und von nationalen Identifikationsmuster nicht mehr schweigen. Endlich sollte klar sein, dass eine am Profit orientierte Konkurrenz als Leitprinzip einer Wirtschaft, die Wachstumszwang notwendig zur Folge hat, nicht mit der Rettung eines verträglichen Klimas vereinbar ist.

Dasselbe gilt für das leitende Prinzip in der Politik: Die Vertretung nationaler Interessen – oft auch als Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bezeichnet, was nichts anderes bedeutet, als den Versuch, auf Kosten der anderen (Nationen) den Schnitt zu machen. Es ist also nicht erstaunlich, dass auch in Madrid das Spiel gespielt wird: Wer sich zuerst rührt, hat verloren. Die Nationalvertreter versuchen, die je eigenen Pfründe zu sichern.

Den Nationalvertretern im Nacken sitzen die je national er-



Greenpeace-Protest in Madrid. Auf dem Banner steht: „Unsere Politik ist verschmutzt“.

PAUL WHITE/AP/DPA

Das Desaster von Madrid war zu erwarten

Leserbriefe zum Ergebnis des UN-Klimagipfels

folgreichen Wirtschaftsvertreter mit ihrer Macht über die Lebensverhältnisse der LohnarbeiterInnen. Bei uns zum Beispiel die Autoindustrie mit der irrwitzigen Produktion von immer mehr Privatautos. Dieser Wahnsinn schadet den Menschen, dem Klima und der Natur.

Es geht nicht, wie Joachim Wille („Big Player auf der Bremse“, FR-Meinung vom 14.12.) meint, um einzelne Bösewichte wie im Märchen, sondern um überall auf der Welt waltende Prinzipien als Leitplanken für politisches und wirtschaftliches Handeln. Wer Deutschland oder Europa da ausnimmt, ist blauäugig. Und Europas Absichtserklärung vom „Green Deal“ ist der untaugliche Versuch, den kapitalistischen Wachstumszwang mit dem Klimaschutz zu vereinbaren. Beide irrigen Prinzipien sind durch jahrhunderte alte Gehirnwäsche tief verankert. Ohne sie radikal in Frage zu stellen zugunsten von am globalen Gemeinwohl orientierten politischen und wirtschaftlichen Denken und Handeln, ist auch das Klima nicht zu retten.

Recht hat Joachim Wille, wenn er meint, es brauche den Druck der Klimabewegung. Aber der Druck muss sich auf die Veränderung der geltenden Prinzipien in Politik und Wirtschaft richten.

Joachim Reinhardt, Hüttenberg

Die Menschen neigen zum schnellen Vergessen

Die Empörung ist groß angesichts der wenigen Ergebnisse, die der Weltklimagipfel gebracht hat. Wenn sich die rund 200 Teilneh-

merstaaten mal darauf verständigen würden, Waldbrände länderübergreifend gleich nach deren Entstehen zu löschen, würde es dem Klima erheblich besser gehen. Alle Welt schaut zu, wie in Australien zurzeit die Wälder brennen. Die Qualmwolken ziehen bis nach Sydney, die Menschen haben erhebliche Atemprobleme. Bei einem Waldbrand entsteht neben Feinstaub auch Unmengen an CO₂. Weltweit gab es Brände dieses Jahr. In Sibirien brannte es über Monate. Aber auch in Alaska, Kanada, Kalifornien, Brasilien, Peru, Argentinien, Borneo, Sumatra, Indonesien, Kongo, Süd-Afrika, Portugal, Süd-Frankreich, Kroatien und Deutschland. Allein in Deutschland brannte es in Wäldern und Mooren insgesamt 1708-mal. Neben Brandrodungen entstehen die Brände durch Blitzschlag. Alle Flächen zusammengerechnet machen mehr als Fläche Indiens aus! Diese Waldbrände wiederholen sich jedes Jahr. Die Menschen neigen zum schnellen Vergessen.

Jürgen Hempel, Lüneburg

Das 1,5-Grad-Ziel ist ein folgenloses Lippenbekenntnis

Die Berichterstattung und der Kommentar zum Klimagipfel von Madrid geben Anlass zu einigen Anmerkungen. Man kann den Gipfel von Madrid in der Tat als „Desaster“ bezeichnen (Madrid ist ein Desaster“, FR-Titel vom 16.12.), jedoch war dies die erwartbare Folge eines umfassenden Paradigmenwechsels in der internationalen Klimaschutzpolitik, der in den Klimakonferenzen von Warschau (2013) und Paris

(2015) vollzogen wurde: Der politisch nicht mehr durchsetzbare sogenannte Targets-and-timetables-Ansatz (T&T) wurde durch den Ansatz der „nationally determined contributions“ (NDC) ersetzt. Während T&T darauf abzielt, sich in einem Aushandlungsprozess auf verbindliche Reduktionsziele für die einzelnen Länder(gruppen) zu einigen, überlässt NDC es den einzelnen Ländern, nach eigenem Gutdünken Angebote zu machen. Es war in der klimaökonomischen Fachwelt von Anfang an klar, dass den Ländern damit ein Anreiz für eigennütziges Trittbrettfahrerverhalten gegeben wurde, und genau dies beobachten wir heute.

Der gerne beschworene „Vorreiber“-Mechanismus ist deshalb eine klimapolitische Lebenslüge. Die einzigen Länder, die aufgrund ihrer Bevölkerungsgröße einen Anreiz haben, aus nationalem Eigennutz nennenswert zum Klimaschutz beizutragen, sind China und Indien. Zumindest China lässt erkennen, dass es dies mittelfristig auf dem Schirm hat. In diesem Sinne war Paris 2015 kein Durchbruch (so die vorherrschende Erzählung), im Gegenteil: Das 1,5-Grad-Ziel war und ist ein folgenloses Lippenbekenntnis.

Von besonderer (möglicherweise menscheitsgeschichtlicher) Ironie ist es schließlich, dass das fatale NDC-Prinzip hauptsächlich deshalb zum Kernelement des Pariser Abkommens wurde, um die USA an Bord zu halten (Danke, Obama!), und diese dann vier Jahre später aus dem Abkommen austraten. Dämmer hätte es nicht laufen können.

Heinz Wilhelm Welsch, Weitersburg

Alles, was CO2 bedeutet, muss vermieden werden

„Europa stürmt voran“ – toller Spruch, jedoch mir fehlt der Glaube (FR-Titel vom 12.12.). Auf die Gefahr hin, als Untergangsfanatiker zu gelten, muss doch konstatiert werden: Bis jetzt ist sehr wenig passiert, und gegenwärtig treten wir auf der Stelle, jedenfalls hierzulande. Kein Umdenken bei der Fliegerei, der Schifffahrt, der Energiewirtschaft, die Landwirtschaft demonstriert gegenan. „Stürmt voran“ sieht anders aus. Aber viele Absichtserklärungen.

Trotzdem hat Frau von der Leyen recht in ihrem Tun, es bleibt ja auch nichts anderes übrig. Feuer, Dürren, Überschwemmungen reden eine deutliche Sprache, aber leider hören viele nicht zu. Die Bürger werden erst bereit sein, echte Einschränkungen hinzunehmen, wenn sie selbst betroffen sind. Flüchtlinge irgendwo zählen nicht, nur Flüchtlinge vor der Haustür. Wie will man sich ihrer erwehren, wenn Millionen kommen? Oder die Ernährung. Durch Wettereinflüsse werden Nahrungsmittelengpässe entstehen, die Preise werden in die Höhe gehen, eine ausreichende Versorgung nicht mehr möglich sein. Es wird mehr Flüchtlinge geben.

Genau betrachtet ist es heute schon zu spät, vor 30 Jahren hätte man vielleicht noch eine Chance gehabt. Aber es hilft ja nichts, jetzt muss es Schlag auf Schlag gehen. Alles, was CO₂ bedeutet, muss vermieden werden, und das innerhalb weniger Jahre, wenn es noch etwas bringen soll. Niemand scheint zu wissen, wie warm es mit dem vorhandenen CO₂ (jetzt 415 ppm) in der Atmosphäre werden wird, wenn ab sofort nichts mehr dazukommt. Aber es kommt jedes Jahr noch mehr dazu, es wird also immer schneller wärmer, die Temperaturkurven bestätigen dies. Man lese das Interview mit Prof. Kemfert („Ein Anfang ist gemacht“, FR-Politik vom 12.12.). Ihre Aussage wie immer auf den Punkt und immer bemüht, ja keine Panik zu erzeugen. Noch heute geben wir Unsummen für Subventionen und Energieimporte aus. Weiterhin fehlt in diesem Land der Wille, etwas zu ändern. Der Kohleausstieg hängt in der Luft, selbst 2038 scheint nicht machbar zu sein, dabei ist das viel zu spät. Man darf gespannt sein, wie die weiteren Vorschläge von der Leyens aussehen. Wenn wir Deutschland als Maßstab nehmen: Hoffungsloser Fall. Der Spruch, „Europa stürmt voran“ ist Satire.

Jürgen H. Winter, Schönebeck

Es hat sich allmählich ausgejett

Weiterhin setzen (viele) Regierungen weltweit auf die Kohleerstromung und bauen daher viele bunte und schöne Kohlekraftwerke, die natürlich alle total CO₂-neutral sind. Wann beginnt eigentlich „jetzt“? Es ist „jetzt“ noch nicht zu spät, wenn wir „jetzt“ sofort gegensteuern würden; diese und ähnliche (frommen) Sprüche, die hört man/frau fast tagtäglich! So langsam denke ich „jetzt“, dass es sich so langsam „ausgejett“ hat, mit diesem „Jetzt-Klima“, das wir alle auf dem Gewissen haben!

Riggi Schwarz, Büchenbach

Diskussion: frblog.de/madrid